

N i e d e r s c h r i f t

über die 25. Sitzung des Kreistages
am Montag, den 22.10.2018 (öffentlicher Teil)

Sitzungsbeginn: 14:00 Uhr
Sitzungsende: 18:25 Uhr (einschließlich nichtöffentlicher Teil)
Ort: Landratsamt Saale-Orla-Kreis, Neubau, Konferenzsaal 237,
Oschitzer Str. 4, 07907 Schleiz

Anwesenheit:

Anwesend: Landrat
Fügmann, Thomas

Fraktion der CDU
Detko, Lothar
Franke, Thomas
Gersdorf, Katrin
Gruhner, Stefan
Hanna, Allam Dr. med.
Martin, Leila
Modde, Michael
Peißker, Gabriele
Sachse, Carsten
Schübel, Jan
Smailes, Sandra
Steffen, Berthold
Timmler, Christine
Völlm, Arnfried Dr.
Wetzel, Siegfried

Fraktion der SPD
Feike, Anette
Kanis, Regine
Kleebusch, Enrico
Klimpke, Juergen K.
Seidel, Marco
Wohl, Rüdiger

Fraktion Die LINKE
Fleischmann, Hannelore
Hofmann, Thomas
Klinghammer, Volker
Knüpfer, Dieter
Möller, Klaus
Rebelein, Dieter Dr.

Schlupeck, Gunter

Fraktion der UBV

Kleindienst, Wolfgang

Militzer, Bernd

Querengässer, Gerd

Scheffczyk, Andreas

Weigelt, Thomas

FDP

Borchardt, Alf-Heinz

Ortwig, Volker

SIP

Truschzinski, Constanze

Beigeordnete(r)

Hauck, Jürgen

Mitarbeiter der Kreisverwaltung

Bergner, Christian Dr.

Butz, Regina

Danzer-Nitsch, Inge

Hetzinger, Christiane

Heynisch, Jens

Lukas, Katja

Nielsen, Katrin

Nitsch, Michael

Pelke, Ralf

Unger, Philipp

Weiß, Sandra

Wollschläger, Brit

Gäste

Heinrich, Dirk (Vorstand Kreissparkasse)

Entschuldigt:

Fraktion der CDU

Poßner, Wolfgang (Urlaub)

Schugens, Gottfried (pers. Gründe)

Weidemann, Thomas Dr.

Zapf, Marcel

Fraktion der SPD

Fröhlich, Lars (krank)

Oppel, Peter (Urlaub)

Fraktion Die LINKE

Kalich, Ralf (dienstl. Gründe)

Lukas, Almut (Urlaub)

Weithase, Helga (krank)

Fraktion der UBV

Heidrich, Lutz

Schriftführerin:

Kerstin Täumel

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 24. Sitzung des Kreistages am 10.09.2018 (öffentlicher Teil)
2. Jahresabschluss 2017 der Kreissparkasse Saale-Orla
Vorlage: KT/110/2018
3. Beschluss der Armutspräventionsstrategie "Attraktive Sozialstrukturen im ländlichen Raum- Chancengleichheit durch Vernetzung"
Vorlage: KT/111/2018
4. Einbringung und erste Lesung des Entwurfs des Haushaltsplanes des Saale-Orla-Kreises für das Haushaltsjahr 2019
5. Anträge
- 5.1. Antrag auf Auskunft und Beratung zur geplanten Gebührenerhöhung für Abfallentsorgung durch ZASO
Vorlage: AN/053/2018
6. Informationen/Sonstiges
7. Anfragen

Der Landrat eröffnet die 25. Sitzung des Kreistages und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages des Saale-Orla-Kreises fest.

Vor Sitzungsbeginn wurde an die Kreistagsmitglieder der Dringlichkeitsantrag der Fraktion „Die LINKE“ AN/053/2018 – Antrag auf Auskunft und Beratung zur geplanten Gebührenerhöhung für Abfallentsorgung durch ZASO – verteilt.

Zur Begründung der Dringlichkeit führt Herr Hofmann aus, dass die durch den ZASO geplanten drastischen Gebührenerhöhungen ab 01.01.2019 den Mitgliedern des Kreistages erst durch Pressemeldungen bekannt wurden. Diese Erhöhungen haben erhebliche Auswirkungen auf die Bürger und Unternehmen im Landkreis.

Die Dringlichkeit ist gegeben, da über die Gebührenerhöhung in einer Sondersitzung des ZASO Ende Oktober Beschluss gefasst werden soll. Am Ende der Diskussion sollte der Kreistag zu einer Weisung gegenüber den Verbandsräten gemäß § 30 Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit kommen.

Die ***Dringlichkeit des Antrages wird mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung anerkannt.***

Somit ist die 2/3-Mehrheit gegeben und der Antrag wird als TOP 5 (neu) in die Tagesordnung aufgenommen.

Die nunmehr vorliegende Tagesordnung erhält die mehrheitliche Zustimmung (1 Enthaltung) durch den Kreistag.

Zu TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 24. Sitzung des Kreistages am 10.09.2018 (öffentlicher Teil)

Wortmeldungen zur Niederschrift gibt es nicht.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich bei
4 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises genehmigt die Niederschrift über die 24. Sitzung des Kreistages am 10.09.2018 (öffentlicher Teil).“

235-25/2018

**Zu TOP 2 Jahresabschluss 2017 der Kreissparkasse Saale-Orla
Vorlage: KT/110/2018**

Die Mitglieder des Kreistages erteilen dem Vorstand der Kreissparkasse, Herrn Dirk Heinrich, mehrheitlich das Rederecht.

Herr Heinrich informiert anhand einer Präsentation die Kreistagsmitglieder sehr umfassend und ausführlich über die Geschäftsentwicklung der Kreissparkasse im Geschäftsjahr 2017 und geht dabei insbesondere auf die Schwerpunktthemen Einlagen, Erträge, Zinsentwicklung, Eigenkapitalausstattung, Kreditgeschäft, Verwaltungsaufwendungen und Mitarbeiterentwicklung sowie Spenden und Sponsoring mit sehr anschaulichem Zahlenmaterial ein.

Zur Diskussion sprechen Herr Dr. Rebelein, Herr Sachse, Herr Klimpke, Herr Borchardt, Herr Scheffczyk und Landrat Fügmann.

Fraktionsübergreifend wird ausdrücklich der Dank an die Mitarbeiter der Kreissparkasse ausgesprochen für die kontinuierliche Arbeit und die geschäftlichen Erfolge.

Detailfragen der Kreistagsmitglieder bzgl. Pflichtrücklage, Negativzinsen, Stiftungskapital und Möglichkeiten zur konjunkturellen Entwicklung sowie der Rückläufigkeit des Wertpapiergeschäftes werden durch Herrn Heinrich beantwortet.

Herr Scheffczyk bringt zum Ausdruck, dass die UBV-Fraktion dem Verwaltungsrat keine Entlastung erteilen kann, weil er aus Sicht seiner Fraktion nicht gemäß Satzung der Kreissparkasse gegründet und besetzt ist. Herr Scheffczyk zitiert aus § 11 des Sparkassengesetzes bzgl. durchzuführender Ergänzungswahlen und verweist auf die bekannte Situation, dass seit Jahren 1 Sitz unbesetzt geblieben ist. Aus seiner Sicht gibt es keinen Grund, diesen unbesetzt zu lassen. Seiner Meinung nach kann auch keine Aufsichtsbehörde feststellen, dass das rechtens ist.

Landrat Fügmann spricht in seinen Ausführungen ebenfalls den Dank an die Mitarbeiter und den Vorstand der Kreissparkasse aus und hebt besonders die enge Verwurzelung in der Region und das Engagement durch Spenden und Sponsoring für Vereine im Landkreis hervor. Bzgl. der Besetzung des Verwaltungsrates schildert der Landrat zum wiederholten Male, welchen Schriftverkehr es diesbezüglich zwischen Landesverwaltungsamt und dem Finanzministerium, als der Sparkassenaufsicht, gegeben hat. Von der Sparkassenaufsicht liegt die Auskunft vor, dass der Verwaltungsrat auch mit 1 Mitglied weniger arbeitsfähig ist und Beschlüsse fassen kann. Vom Landesverwaltungsamt gibt es keine Antwort auf unsere Bitte, aufzuzeigen, wie wir den Sitz ordnungsgemäß nachzubesetzen haben. Bis zum heutigen Tag gibt es keine Information, wem der Sitz zuzuordnen ist, um die Spiegelbildlichkeit des Kreistages wieder zu geben.

Weitere Ausführungen des Landrates beziehen sich auf die durch die Sparkassenaufsicht bestätigte Rechtmäßigkeit der Mitgliedschaft von Herrn Roßner im Verwaltungsrat der Kreissparkasse, die von der UBV ebenfalls angezweifelt wird.

Dem **Geschäftsordnungsantrag** von Herrn Dr. Völm auf „**Ende der Debatte**“ wird mit

23 Ja-Stimmen bei 6 Gegenstimmen entsprochen.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich bei
4 Gegenstimmen und
3 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt, dass gemäß § 20 Abs. 5 des Thüringer Sparkassengesetzes (ThürSpkG) den Mitgliedern des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Saale-Orla für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung erteilt wird.“

236-25/2018

**Zu TOP 3 Beschluss der Armutspräventionsstrategie "Attraktive Sozialstrukturen im ländlichen Raum- Chancengleichheit durch Vernetzung"
Vorlage: KT/111/2018**

In einleitenden Ausführungen werden durch die Fachbereichsleiterin FB 3, Frau Nielsen, die Gründe für die Erarbeitung der vorliegenden Armutspräventionsstrategie dargelegt. Die Planungs Koordinatorin des FB 3, Frau Lukas, stellt an Hand einer Präsentation den Planungsprozess und die wesentlichen Inhalte der Armutspräventionsstrategie vor. Hauptbestandteil dieser sind Maßnahmen und Leitlinien, die in einer zweiten Förderphase bis 2021 realisiert werden sollen. Als besonders wichtig wurden dabei die Mobilität, die Sensibilisierung für das Leben im Alter und die transparenten Unterstützungsstrukturen eingeschätzt und bilden den Schwerpunkt der neuen Förderphase.

An der anschließenden sehr umfangreichen und zum Teil kontrovers geführten Diskussion beteiligen sich die Kreistagsmitglieder Herr Sachse, Herr Kleindienst, Frau Fleischmann, Frau Truschzinski, Herr Hofmann, Herr Schlupeck, Frau Kanis, Herr Klimpke, Herr Scheffczyk, Herr Gruhner, Herr Weigelt und Herr Kleebusch.

Die Detailfragen der Kreistagsmitglieder werden durch Frau Lukas und ergänzend durch Landrat Fügmann beantwortet.

Die Diskussionsredner legen ihre Standpunkte zum vorliegenden Papier dar. Dabei wird u.a. die Bedeutung der Armutsprävention für die Daseins- und Zukunftsvorsorge und die Notwendigkeit der Ermittlung der Bedarfe hervorgehoben.

Den positiven Meinungsäußerungen der Mehrheit der Diskussionsredner stehen die Meinungen von Herrn Kleindienst und Herrn Schlupeck gegenüber, dass mit Vernetzung keine Armut bekämpft werden könne und ein solches Papier nicht für die wirkliche Bekämpfung der Armut geeignet ist.

Frau Fleischmann und Frau Kanis fordern die Kreistagsmitglieder auf, dem Beschlussvorschlag zu folgen und der vorliegenden Armutspräventionsstrategie die Zustimmung zu erteilen, um zu gewährleisten, dass im Saale-Orla-Kreis Angebote geschaffen werden, die gefährdeten Menschen helfen, nicht in die Armutsfalle zu tappen.

Herr Klimpke regt an, dass vor dem Beschluss der Fortschreibung dieser Strategie die Erkenntnisse vorher auch in den anderen Ausschüssen, nicht nur dem Sozialausschuss, diskutiert werden.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich bei
1 Gegenstimme und
5 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt die Armutspräventionsstrategie – Attraktive Sozialstrukturen im ländlichen Raum - Chancengleichheit durch Vernetzung.“

237-25/2018

Zu TOP 4 Einbringung und erste Lesung des Entwurfs des Haushaltsplanes des Saale-Orla-Kreises für das Haushaltsjahr 2019

Durch den Landrat werden einleitend grundsätzliche Ausführungen zum Haushaltsplanentwurf vorgenommen. Dabei geht er auf die Besonderheiten bei der Erstellung des HH-Planes sowie den Kreisumlagezustand und den Schuldenabbau besonders ein. Er drückt seine Erwartung aus, dass im November konkrete Zahlen vom Land vorliegen und die Unterfinanzierung des KFA bereits 2019 berücksichtigt wird.

Durch den Fachdienstleiter Finanzen, Herrn Unger, werden anschließend anhand einer Präsentation sehr ausführlich die Eckdaten des Haushaltes erläutert und auf besondere Schwerpunktprobleme, die den Haushalt beeinflussen, hingewiesen. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem für alle Kreistagsmitglieder eingestellt. Herr Unger bietet an, in den Fraktionen weitere detaillierte Auskünfte zu geben und die Fragen zu einzelnen HH-Stellen zu beantworten.

Herr Wetzel und Frau Feike entschuldigen sich um 16:50 Uhr für die restliche Dauer der Sitzung.

Detailfragen von Herrn Kleindienst bzgl. Gründen für die Erhöhung der Verbandsumlage ÖPNV und Kürzung der Schlüsselzuweisungen und von Herrn Dr. Rebelein u.a. zur Anhebung der Verfügungsmittel des Landrates, einer inneren Verrechnung bei der HH-Stelle Kreisbauhof und zum komm. Schadensausgleich werden durch Herrn Unger und den Landrat beantwortet.

Der Landrat bittet darum, die Detailfragen zu einzelnen HH-Stellen in den Ausschüssen tiefgründig zu erörtern.

Herr Borchardt entschuldigt sich um 17:00 Uhr für die restliche Dauer der Sitzung.

Zu TOP 5 Anträge

**Zu TOP 5.1 Antrag auf Auskunft und Beratung zur geplanten Gebührenerhöhung für Abfallentsorgung durch ZASO
Vorlage: AN/053/2018**

Herr Dr. Rebelein führt zur Begründung des Antrages der Fraktion Die LINKE aus, dass man bei einer derartigen drastischen angekündigten Gebührenerhöhung als Kreistagsmitglied über die Gründe vor einer Beschlussfassung im ZASO informiert werden muss. An die

Verbandsräte sollte durch den Kreistag eine Empfehlung für ihr Abstimmungsverhalten im ZASO erteilt werden.

Der Landrat schildert die Sachlage aus der letzten Sitzung der Zweckverbandsversammlung. Auf der Tagesordnung standen weit über 40 Tagesordnungspunkte. Sowohl er als auch Landrat Wolfram haben es abgelehnt, auf die Schnelle über die Gebührenerhöhungen zu beschließen. Es wurde in der Beratung die Frage aufgeworfen, was ist von Seiten der Geschäftsleitung getan worden, um die Erhöhungen zu minimieren. Es wurde gefordert, dass bis zur nächsten Sitzung durch die Geschäftsleitung intensiv geprüft wird, wo Einsparungen erfolgen können.

An der anschließenden umfangreichen Diskussion beteiligen sich die Kreistagsmitglieder Herr Kleindienst, Herr Modde, Herr Seidel, Herr Dr. Völm, Herr Hofmann, Herr Kleebusch, Herr Scheffczyk, Herr Klimpke und Landrat Fügmann.

Herr Kleindienst erläutert die im ZASO genannten Gründe für die Gebührensteigerungen, nämlich enorme Mehrausgaben für Grünschnittannahme, Personalkostensteigerungen und höhere Transportkosten für den Hausmüll. Nach Meinung der UBV-Fraktion dürfe eine Kostensteigerung 2 % nicht überschreiten. Das sollte erreicht werden, indem die für 2018 und 2019 geplanten Investitionen verschoben werden und sämtliche Investitionen auf den Prüfstand gestellt werden. Weitere Erhöhungen wurden ab 2022 bereits angekündigt, weil die Verbrennungspreise ansteigen. Mittelfristig sollten die Verbandsräte diskutieren, wie die Kosten, insbesondere bei Grünschnitt, minimiert werden können.

Herr Modde betont, dass es sich bei der Gebührenerhöhung um durchschnittlich 30 % handele und nicht, wie in der Presse verkündet, um 40 %. Gründe sind die Ergebnisse (Angebote) der Ausschreibungen sowie die Personalkostenentwicklung. Eine Kostensteigerung von nur 2 %, wie von der UBV-Fraktion gefordert, hält er für illusorisch.

Herr Seidel kritisiert den Ablauf und die schlechte Vorbereitung der letzten Verbandssitzung und die kurzfristige Information der Verbandsräte über die geplanten Gebührenerhöhungen. Er bezeichnet es als unmöglich, dass 15 Vergaben zu beschließen waren, die alle gebührenrelevant sind und betont, dass er nicht mehr bereit sei für derartige „Hau-Ruck-Aktionen“.

Herr Dr. Völm gibt zu bedenken, dass man grundsätzlich an einer Gebührenerhöhung nicht vorbei komme, da überall die Kosten, nicht nur bei der Grünschnittannahme gestiegen seien. Es sind ernsthafte Versuche zu unternehmen, um diese Kostensteigerung so weit wie möglich zu drücken.

Durch Herrn Hofmann wird angeregt, dass durch den Kreistag den Verbandsräten der Rücken gestärkt und ihnen ein Auftrag für die weitere Arbeit im ZASO gegeben wird.

Er formuliert dazu folgenden **Antrag**:

- „1. Die geplanten Kostensteigerungen sind kritisch zu prüfen und zu reduzieren.**
- 2. Die Gebührenerhöhung ist deutlich zu minimieren.**
- 3. Über das Ergebnis ist der Kreistag in seiner nächsten Sitzung zu informieren.“**

Herr Kleebusch ist der Meinung, dass die Informationen nicht ausreichend sind und **beantragt**, „**dass der Geschäftsführer des ZASO, Herr Cichonski, in der nächsten Kreistagssitzung dem Kreistag Rede und Antwort steht und ausführliche Informationen gibt.**

Die ZASO-Sitzung, in der über die Gebührenerhöhungen beschlossen werden soll, ist auf einen Termin nach der Kreistagssitzung zu verschieben.“

Herr Scheffczyk kann eine derartige sprunghafte Erhöhung der Entsorgungsgebühren nicht nachvollziehen und vertritt den Standpunkt, dass eine Beauftragung der Verbandsräte nicht erforderlich ist, da er voraus setze, dass sich die Verbandsräte mit der Sachlage beschäftigen und die Kosten so gering wie möglich halten.

Herr Klimpke ist der Meinung, dass die Folgen für derartige Gebührenerhöhungen im Vorfeld auch im Wirtschaftsausschuss hätten beraten werden müssen und fragt nach, ob die Entscheidung im ZASO bis Ende Oktober getroffen werden muss oder ob das auch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen kann?

Der Landrat betont, dass die Entscheidung schnellstmöglich getroffen werden muss, um zu gewährleisten, dass ab 1.1.2019 die Müllentsorgung ordnungsgemäß erfolgt. Es muss das Ziel sein, eine gute Perspektive hinzubekommen, die aber auch bezahlbar für den Bürger ist. Er bringt seine Zuversicht zum Ausdruck, dass in der Erörterung am Donnerstag neue Erkenntnisse durch die Geschäftsleitung vorgetragen werden und den Verbandsräten eine tragbare Lösung zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Oberste Priorität hat, dass die Müllentsorgung im Landkreis gewährleistet werden muss.

Um 17:45 Uhr entschuldigen sich Herr Gruhner und Herr Seidel für die restliche Sitzungsdauer.

Dem **Geschäftsordnungsantrag** von Herrn Querengässer auf „**Ende der Aussprache**“ wird **mehrheitlich entsprochen**.

Es folgt zunächst die Abstimmung über den in der Diskussion vorgetragenen Antrag von Herrn Hofmann.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich bei
18 Ja-Stimmen und
9 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beauftragt seine Verbandsräte im Zweckverband Abfallwirtschaft Saale-Orla (ZASO):

1. Die geplanten Kostensteigerungen sind kritisch zu prüfen und zu reduzieren.
2. Die Gebührenerhöhung ist deutlich zu minimieren.
3. Über das Ergebnis ist der Kreistag in seiner nächsten Sitzung zu informieren.“

238-25/2018

Der **Antrag** von Herrn Kleebusch, dass der Geschäftsführer des ZASO, Herr Dr. Cichonski, dem Kreistag in der nächsten Sitzung Rede und Antwort steht und die Abstimmung im ZASO über die Gebührenerhöhung auf einen Zeitpunkt nach der Kreistagssitzung verschoben wird, wird mit

**9 Ja-Stimmen bei
13 Gegenstimmen**

abgelehnt.

Zu TOP 6 Informationen/Sonstiges

Der neue Leiter der Rechtsaufsichtsbehörde, Herr Dr. Bergner, stellt sich den Mitgliedern des Kreistages persönlich vor und beantwortet Nachfragen der Kreistagsmitglieder.

Zu TOP 7 Anfragen

Herr Scheffczyk bezieht sich auf die Prüfung durch die Staatsanwaltschaft bzgl. Baumaßnahme GS Triptis und fragt den Landrat, ob dazu Erkenntnisse von der Staatsanwaltschaft vorliegen und ob der Abschlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes endlich an die Aufsichtsbehörde geschickt wurde?

Der Landrat führt aus, dass seit Freitag ein abschließendes Schreiben der Staatsanwaltschaft vorliegt mit der Feststellung, dass keine strafrechtlich relevanten Tatbestände vorliegen.

Bzgl. des Abschlussberichtes führt Frau Weiß, Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes, aus, dass die Erkenntnisse der Prüfung der Staatsanwaltschaft in den Abschlussbericht einfließen und der Bericht zeitnah vorgelegt wird. Der Landrat ergänzt, dass der Bericht nach Vorliegen umgehend an die Kreistagsmitglieder weitergeleitet wird.

Weitere Anfragen gibt es nicht.

Der Landrat beendet den öffentlichen Teil der 25. Sitzung des Kreistages um 18:00 Uhr.

Die Niederschrift über den nichtöffentlichen Sitzungsteil liegt im Kreistagsbüro vor und kann dort eingesehen werden.

Fügmann
Landrat

Kerstin Täumel
Schriftführerin